

„Dem Frieden der Welt zu dienen“ –

Konsequenzen für die politische und persönliche Friedensethik

Vortrag zum Jahresthema „Krieg und Frieden“ in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung anlässlich der „Sächsischen Friedensfahrt 2016“

Dresden, 7. Mai 2016

Joachim Garstecki, Magdeburg

Liebe Friedensfahrer, Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, meine Damen und Herren!

Eine Woche lang waren Sie mit dem Fahrrad unterwegs auf der „Sächsischen Friedensfahrt 2016“. Sie haben historische Orte im Freistaat Sachsen besucht, die aufs engste mit der Geschichte von Krieg und Frieden in diesem Land verbunden sind. Heute nehmen wir gewissermaßen die letzte Etappe dieser Fahrt in Angriff. Aber nicht aus historischer Perspektive, sondern mit einem aktuell-politischen Interesse: Was dient dem Frieden im 21. Jahrhundert? Bewaffnete Gewalt und neue Kriege und Bürgerkriege sind in den letzten Jahrzehnten allgegenwärtig geworden. Kein Kontinent unserer Erde ist von Krieg, organisierten Gewaltakten, massenhaften Mordaktionen, massiven Vertreibungswellen verschont geblieben. Wie finden wir heraus aus dieser verhängnisvollen Gefangenschaft in die sich fortwährend weiter drehende Spirale von Gewalt und Gegengewalt, die immer neue Gewalt, immer neue Kriege produziert? Was können Menschen dagegen tun? Das ist unsere Ausgangsfrage. Wir fragen nach Möglichkeiten und Wegen, heute „...dem Frieden der Welt zu dienen“, wie es die Präambel des deutschen Grundgesetzes formuliert.

Ich werde Ihnen keine Analyse der aktuellen Konflikte und Kriege liefern. Die vielen „Kriegsschauplätze“ - Afghanistan, Syrien, Irak, Jemen, Zentralafrika, die Ukraine, um nur einige der wichtigsten zu nennen - bilden vielmehr den Hintergrund für fünf kurze analytische Betrachtungen der Weltsituation. Es geht um Entwicklungen, Versäumnisse, Gefahren und Defizite, die in und hinter diesen Konflikten sichtbar werden. Aber es geht auch um positive, ja verheißungsvolle Ansätze zur Verringerung von Gewalt und Krieg im 21. Jahrhundert. Darüber wollen wir sprechen.

In einem ersten Teil blicken wir auf Handlungsfelder der Politik, in einem zweiten, kürzeren Teil auf unser persönliches Friedenshandeln als Zeitgenossen und Bürger der Zivilgesellschaft. Beide Teile verbindet die Suche nach friedensethischer Orientierung in den aktuellen, hoch-komplexen Gewaltverhältnissen.

I. Frieden als politische Aufgabe

1. „Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein“. Das ist die Lehre aus den zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. Und dennoch sind Gewalt und Krieg weltweit in erschreckendem Ausmaß in das Arsenal der politischen Mittel zurückgekehrt

Ihre Zeitreise per Fahrrad durch Sachsen endet mitten in den chaotischen Gewalt-Verhältnissen der Völker- und Staatenwelt am Beginn des 21. Jahrhunderts. Obwohl die Anwendung kriegerischer Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung in der UN-Charta von 1945 völkerrechtlich längst geächtet ist, greifen Staaten noch immer - und wie es scheint wieder vermehrt - auf das Mittel militärischer Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele zurück. „Die Welt ist aus den Fugen“ – so lautet eine aktuelle Beschreibung der gegenwärtigen Welt-Situation. Konflikte zwischen Staaten werden immer häufiger mit Gewaltmitteln bis hin zum offenen Krieg ausgetragen. Daneben gibt es viele nicht-staatliche Gewalt-Unternehmer, die das klassische Völkerrecht überhaupt nicht kennt, organisierte Netzwerke und „War-Lords“, die ihre kriminellen Ziele jenseits aller staatlichen Strukturen mit Gewalt verfolgen, vor allem in Regionen mit schwacher Staatlichkeit oder im Macht-Vakuum von „failing-“ bzw. „failed states“, auseinanderfallenden oder -gefallenen Staaten. Extremer Ausdruck dieser negativen Entwicklung ist der „Islamische Staat“ (IS), der die bestehende staatlichen Ordnungen in der arabischen Welt und darüber hinaus durch ein islamistisches Regime ersetzen will. Dieses Ziel sucht er mit brutalster terroristischer Gewalt gegen alle Vorstellungen von Recht und Gesetz durchzusetzen. Der IS praktiziert eine Mord-Ethik: Töten und Morden werden als „göttlich geboten“ proklamiert und zur Steigerung eigener Macht massenweise praktiziert. Inzwischen hat die Terror-Welle des IS auch Europa erreicht; sie hat in Madrid, Paris und Brüssel zugeschlagen.

Was zeigt uns das? Die „Zivilisierung der Konflikte“ - als notwendige positive Alternative zum Krieg - ist ein mühsamer, langwieriger Weg. Er verläuft nicht linear, vom Zustand der klassischen Staaten-Kriege zum Zustand eines von allen Staaten garantierten Welt-Friedens, sondern mit Umwegen, Brüchen und Rückschlägen. „Zivilisierung der Konflikte“ hat das Ziel, Konflikte ohne Gewalt zu lösen und ihren Austrag mit zivilem, gewaltfreien Mittel zu ermög-

lichen. Es geht dabei um einen kollektiven Lernprozess der Verringerung, der „Minimierung von Gewalt“, der politisch gestaltet und kontrolliert werden muss. Diesem Ziel dienen das Völkerrecht, das Streitigkeiten und Konflikte zwischen Staaten mit friedlichen Mitteln regelt, und die internationalen Institutionen der Friedenssicherung und Streitschlichtung, wie die Vereinten Nationen (UN) mit ihrem Ständigen Sicherheitsrat oder die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, (OSZE).

Doch das Völkerrecht ist gegenwärtig in schlechter Verfassung. Es wird vor allem von den Großmächten USA und Russland vielfältig unterlaufen, ja missachtet. Die häufigen gegenseitigen Blockaden der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, der nur einstimmige Beschlüsse fassen kann, sind ein Beispiel dafür, dass die UN faktisch zu einer Geisel der Machtinteressen ihrer Mitglieder geworden sind. Diese Ohnmacht der UN ist gefährlich, weil sie ihre Rolle als Streitschlichterin in Fragen internationaler Sicherheit und Frieden unmöglich macht. Deshalb muss es ein vorrangiges Ziel der „Zivilisierung der Konflikte“ sein, die völkerrechtliche Autorität der UN als internationale Streitschlichtungs-Instanz wieder herzustellen und ihre Instrumente tatsächlich anzuwenden.

2. Von „deutscher Friedenspolitik“ zu „sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit“

27 Jahre nach dem europäischen Epochenbruch von 1989/90 hat die Neigung, militärische Gewalt als Mittel der Lösung von Konflikten zu akzeptieren und einzusetzen, auch in Deutschland wieder deutlich zugenommen. Das Wort „Friedenspolitik“, in der Zeit des Ost-West-Konfliktes *der* Schlüsselbegriff für die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik, ist aus dem politischen Vokabular der Berliner Republik völlig verschwunden. Es wird nicht mehr benutzt. An seine Stelle ist der Begriff „Sicherheit“ und das Wort-Ungetüm „sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit“ gerückt. „Sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit“ ist zum Inbegriff für die „Wahrnehmung internationaler Verantwortung“ Deutschlands geworden: Weg vom Vorrang der friedliche Beilegung von Konflikten und Krisen durch eine Politik ziviler Krisenprävention, stattdessen hin zu einer militär-fixierten „Versicherlichung“ der Außen-, Entwicklungs- und Innenpolitik. Kritiker sprechen von einem politischen „Paradigmenwechsel“ in der deutschen Politik. Sie kritisieren die Reduzierung auf das Militärische und die Vernachlässigung der zivilen Chancen und Möglichkeiten der Politik. So sagt der Friedensforscher Harald Müller von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konflikt-

forschung (HSFK), es sei kein Zeichen internationaler Verantwortung Deutschlands, „wenn über weitere militärische Einsätze spekuliert wird, zugleich aber die Ausgaben für die Entwicklungshilfe gekürzt und ehrgeizigere Klimaziele in der EU blockiert werden“ (2012).

Der laufende Reformprozess soll die Bundeswehr in die Lage versetzen, „nationale sicherheitspolitische Ziele im Rahmen der NATO“ zu verfolgen, um Deutschland vor „sicherheitspolitischen Risiken und Bedrohungen“ im „strategischen Sicherheitsumfeld“ Deutschlands zu schützen. Solche Bedrohungen können sein: Terrorismus, zerfallende Staaten, regionale Konflikte, kriminelle Netzwerke, Ressourcenknappheit, Zugang zu natürlichen Ressourcen, Klimawandel, Migration (vgl. Verteidigungspolitische Richtlinien, 2011). Dazu wird die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee (GG Art. 87a) zu einer „Einsatzarmee“ umgebaut, „Landesverteidigung“ war gestern. Ganz in diesem Sinne erklärte der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière im Juli 2012, Auslandseinsätze der Bundeswehr seien überall möglich; „es gibt prinzipiell keine Regionen“, die davon ausgenommen wären. „Wir können nicht sagen, wir haben da nichts zu suchen“ (Interview mit rbb Info-Radio am 2. Juli 2012, Audio-Mitschnitt).

Auf diese Weise wird die Bundeswehr immer mehr zum Generalvollbevollmächtigten für die Wahrnehmung internationaler Verantwortung Deutschlands. Militärische Mittel dienen als Leistungsnachweis für politische Handlungsfähigkeit und werden den Bürgerinnen und Bürgern als sicherheitspolitische Normalität verkauft. Dies geschieht, ohne dass ein friedens- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept erkennbar wäre, in das sich diese Einsätze einfügen. In bestürzender Knappheit formulierte es ein Ausbilder gegenüber Bundeswehr-Freiwilligen: „Krieg ist wieder ein Mittel der Politik“. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen tut so, als sei es ihre Aufgabe, den derzeit 16 internationalen Bundeswehr-Einsätzen möglichst viele weitere hinzuzufügen. Flankiert wird diese Entwicklung durch eine schleichende Kriegs-Gewöhnung in den Medien. in Beispiel: „Im friedlichen Europa des beginnenden 21. Jahrhunderts wächst eine Generation junger Menschen heran, für die Krieg wieder eine Option ist - eine Option der Berufswahl“ (*Frankfurter Rundschau*, 10.12.2012). Dass Krieg öffentlich als Teil der persönlichen Karriereplanung junger Menschen bezeichnet wird, hätten sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes nicht träumen lassen. Der Grundsatz „Vorrang für zivil“ droht verloren zu gehen.

3. „Waffen können keinen Frieden schaffen!“ - Warum militärische Interventionen scheitern

Die Praxis, hegemoniale Interessenkonflikte und politische Krisen durch militärisches „Eingreifen“ von außen lösen zu wollen, hat in den letzten 20 Jahren bedrohlich zugenommen. Doch die Bilanz des militärischen Interventionismus ist deprimierend. Die von den UN mandatierte Militär-Intervention einer internationalen Koalition unter NATO-Führung in Afghanistan (ISAF, 2001 - 2014) und parallel durch die USA („Enduring freedom“), der völkerrechtswidrige Krieg der USA gegen den Irak („Koalition der Willigen“, 2003), der UN-mandatierte internationale Militäreinsatz der NATO gegen Libyen (März - Oktober 2011) sowie die militärische Annektion der Krim durch Russland und der anhaltende Krieg um das Donezk-Becken in der Ost-Ukraine (seit Mai 2014) haben in den betroffenen Ländern und Regionen weder Stabilität noch Frieden geschaffen, wohl aber vermehrte Unsicherheit, politisches Chaos und zerstörte Infrastrukturen. In Irak und Libyen hat der Sturz der Diktatoren Saddam Hussein und Gaddafi zu einem „Systemwechsel“ geführt, der bisher nur neue Gewalt erzeugt und keinerlei Perspektiven für eine gesellschaftliche Erneuerung der beiden Länder und für nachhaltigen Frieden gebracht hat. Im Gegenteil: Der Irak-Krieg 2003 hat das politische Gefüge aller Staaten der gesamten arabischen Region zerrüttet und das Aufkommen des Islamischen Staates (IS) überhaupt erst ermöglicht.

Die Vorstellung, militärische Interventionen seien ein geeignetes Mittel zur Durchsetzung von Gerechtigkeit, Demokratie, Menschenrechten und Frieden, ist falsch und überdies gefährlich. Das lehrt uns das Scheitern des Interventionismus der letzten beiden Jahrzehnte. Mit Blick auf den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr zwischen 2001 und 2014 ist inzwischen unbestritten, dass die politischen Ziele dieses Einsatzes von Anfang an nicht klar definiert, also auch nicht erreichbar waren. Das Militärische war nicht Teil eines politischen Gesamtkonzeptes, sondern musste die Leerstelle des Politischen ausfüllen, frei nach dem Motto: „Dabeisein ist alles“. Entgegen der ursprünglichen Ausrichtung auf eine „internationale Sicherheits-Stabilisierungs-Mission“ (= ISAF) zur militärischen Absicherung des zivilen Wiederaufbaus in Afghanistan hat die Konzentration auf militärische Mittel im Verlauf des Krieges eine verhängnisvolle Eigendynamik entwickelt. Die Spirale der Gewalt konnte rechtlich

und zivil nicht mehr gestoppt, das Ergebnis nicht mehr in rechtsstaatliche Formen überführt werden (*s. EKD-Stellungnahme zum Einsatz in Afghanistan, Dezember 2013*).

Soldaten und Waffen können günstigstenfalls das Funktionieren eines beginnenden Friedensprozesses, zum Beispiel eines Waffenstillstandes, absichern, aber keinen Frieden schaffen. Wenn die Integration verfeindeter gesellschaftlicher Gruppen, staatlicher Neuaufbau, Schaffung einer öffentlichen Infrastruktur und Bildung demokratischer Institutionen gelingen soll - und das sind *die* zentralen Voraussetzungen für einen nachhaltigen Friedensprozess - dann werden zivile Fachleute benötigt und nicht Soldaten. Frieden, der mehr sein will als das Schweigen von Waffen, braucht zu seiner Durchsetzung in allererster Linie die freie Zustimmung der beteiligten Konflikt-Parteien selbst. Militärische Mittel können einen gewissen Sicherheitsgewinn schaffen, der als Voraussetzung für den Prozess der zivilen Stabilisierung nach einem Gewalt-Konflikt unerlässlich ist. Sie können aber diesen zivilen Prozess nicht durch Waffeneinsatz erzwingen.

4. „Ich sehe was, was du nicht siehst“ - Konflikte und Krisen frühzeitig erkennen und mit zivilen Mitteln bearbeiten

Geradezu zwangsläufig verlangt die deprimierende Bilanz des militärischen Interventionismus nach einer Antwort aus pazifistischer Perspektive. Das muss eine Antwort sein, die sich konsequent am „Vorrang für zivil“ ausrichtet, also die Lösung von Konflikten ohne Einsatz von Gewalt anstrebt. Eine Antwort allerdings, die nicht nur Widerspruch gegen Gewaltlösungen formuliert, sondern politische Auswege aus der irrigen Praxis eröffnet, militärische Gewalt sei das Allheilmittel zur Konfliktlösung.

Schon 1992 mahnte der damalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros Ghali in seiner „*Agenda für den Frieden*“, an die Stelle der herrschenden „Kultur der Gewalt“ müsse endlich eine „Kultur der Prävention“ treten. „Prävention“ - das meint ein funktionierendes Frühwarnsystem in Konflikt- und Spannungssituationen, „peace keeping“ (Frieden halten) durch Dialog-Angebote und Verfahren der Streitschlichtung zwischen Gegnern, Auseinanderhalten von bewaffneten Konfliktparteien, Vermeidung gewalttätiger Eskalationen, Begleitung gefährdeter Personen, Nutzung von unabhängigen Informationswegen von Zivilgesellschaft, Kirchen und Religionsgemeinschaften, friedenspädagogische Bildung. In der Regel zögern

Staaten, in Gewalt-Prävention zu investieren. Geld auszugeben gegen eine Gefahr, die noch nicht eingetreten ist, gilt als politisch verantwortungslos. Doch allmählich setzt ein Umdenken ein. Es lässt sich auf die Formel bringen: Wer Gewalt-Eskalationen bis hin zu Kriegen und Bürgerkriegen vermeiden will, muss eine Politik der frühzeitigen Gewaltvorbeugung stark machen.

Auch die christlichen Kirchen setzen in ihren Friedensäußerungen aus den letzten Jahren deutliche Akzente für einen „grundsätzlichen Vorrang“ der Gewalt-Prävention. „Unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen erweist sich die Suche nach Wegen gewaltvermeidender und gewaltvermindernder Konfliktbearbeitung als vorrangige Verpflichtung“, so die Deutsche Bischofskonferenz in ihrem Wort „*Gerechter Friede*“ (2000). Der Gedanke der Vorbeugung „könnte die politische Phantasie beflügeln und zu Konzepten führen, die den Krieg nicht mit seinen eigenen Mitteln bekämpfen, sondern die Logik von Gewalt und Gegengewalt unterlaufen...Vorbeugende Politik ist besser als nachträgliche Schadenbegrenzung“ (ebd.).

Die deutsche Regierungspolitik hat den Gedanken der zivilen Krisenprävention in einem viel beachteten Konzept aufgenommen. Im Mai 2004 beschloss die damalige rot-grüne Bundesregierung einen „*Aktionsplan Zivile Konfliktbearbeitung, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung*“. Zivile Krisenprävention wird in diesem Plan als ressort-übergreifende „politische Querschnittsaufgabe“ mit dem Ziel der Vermeidung von Gewalt beschrieben. Fachleute bezeichnen den Aktionsplan von 2004 als ein „Schlüsseldokument deutscher Friedenspolitik“ (*GKKE-Kommentar „Aktionsplan Zivile Krisenprävention: notwendig, nicht lästig, Bonn/Berlin 2010, 2.09*). Die löbliche Absicht, sämtliche Elemente der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu bündeln mit dem Ziel, dem gewaltsamen Austrag von Konflikten vorzubeugen, ausgebrochene Gewalt einzudämmen und Friedensprozesse nach Gewalt-Konflikten dauerhaft zu sichern, ist jedoch in der deutschen Öffentlichkeit so gut wie unbekannt geblieben. Nach dem Regierungswechsel von 2009 geriet das Projekt ins politische Abseits. Es gab kaum noch eigene Initiativen, „die ein genuines Interesse deutscher Politik an Präventionsvorhaben dokumentieren könnten“ (ebd. 2.10). Auch in der Finanzierung zeigte sich ein riesiges Missverhältnis zum Militär-Budget. Zwischen 2001 und 2010 bewilligte der Deutsche Bundestag insgesamt 5,6 Milliarden Euro allein für den Afghanistan-Einsatz der

Bundeswehr. Im selben Zeitraum standen für zivile Friedensdienste insgesamt 192 Millionen Euro zur Verfügung.

Inzwischen gibt es eine neue Aufmerksamkeit für die Anliegen der zivilen Krisenprävention. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU-CSU und SPD von Ende 2013 formuliert unter dem Stichwort „Außen- und Sicherheitspolitik“: „Eine besondere Bedeutung kommt der zivilen Krisenprävention zu, deren Strukturen wir stärken und weiterentwickeln werden“ (*Koalitionsvertrag 2013, Nr. 122*). Bei der Vorlage des 4. Umsetzungsberichtes der Bundesregierung zum Aktionsplan im Februar 2015 sprach der Außenminister erstmals selbst ausführlich zum Thema im Bundestag. Es gab eine qualifizierte Plenardebatte mit Beiträgen aus allen Fraktionen. Am 10. Februar 2015 besuchte Bundespräsident Joachim Gauck das Berliner „Zentrum Internationale Friedenseinsätze“ (ZIF) und lud anschließend zum Forum „Experten für den Frieden – Deutschlands zivile Beiträge zur internationalen Konfliktlösung“ ein. Noch im Juni 2012 hatte derselbe Bundespräsident die Soldaten der Bundeswehr als „Mut-Bürger in Uniform“ und „Friedensmotor für das große ‚Wir‘“ gelobt, ohne die Fachleute für zivile Konfliktbearbeitung auch nur mit einem einzigen Wort zu erwähnen. Freilich, diese positive Veränderung ist auch dem Umstand geschuldet, dass zahlreiche Organisationen der zivilen Konfliktbearbeitung in der Zivilgesellschaft seit Jahren für mehr politische Anerkennung gekämpft haben und kämpfen, allen voran das „*Forum Ziviler Friedensdienst*“ (ZFD) mit Sitz in Köln. Seit seiner Gründung 1996 hat das forumZFD mehr als 500 Menschen zu Friedensfachkräften ausgebildet – ein Hoffnungszeichen!

Heute gibt es im Auswärtigen Amt (AA) eine starke Unterstützung für zivil-politische Initiativen wie Prävention, Stabilisierung nach Konflikten und Mediation und für die Stärkung des Rechts als friedens-stabilisierender Faktor nach Gewalt-Konflikten. Das AA kritisiert, dass die öffentliche Diskussion über die gewachsene Verantwortung Deutschlands zu einseitig und zu sehr von der Aufmerksamkeit für militärische Fähigkeiten und Aufgaben bestimmt wird (vgl. „*Peacekeeper-Day*“ des Landes Sachsen-Anhalt, 4. Mai 2015). Dort ist der „Vorrang für zivil“ offensichtlich verstanden worden.

5. „Waffen töten - auch ohne Krieg!“ Der Skandal der deutschen Rüstungsexportpolitik

Eine konsequente Umsetzung des „Vorrangs für zivil“, wie er sich aus dem bisher Gesagten ergibt, verlangt eine konsequente Politik der Gewaltvorbeugung und eine Bekämpfung von Konfliktursachen mit zivilen Mitteln. Die einseitige Hervorhebung militärischer Zuständigkeiten, wie sie in der Rede von der „gewachsenen internationalen Verantwortung Deutschlands“ unterschwellig mitschwingt, ist nicht geeignet, die Komplexität der Konflikte und Risiken in der Völker- und Staatenwelt zu erfassen, geschweige denn wirksam auf sie zu reagieren. Diese Konflikte haben ihre Wurzeln in Defiziten an politischer und sozialer Gerechtigkeit, die mit zivilen, politischen Mitteln bearbeitet werden müssen: Ethnische Konflikte, wirtschaftliche Krisen, gesellschaftliche Perspektivlosigkeit, Folgen des Klimawandels, der Zusammenbruch von Staaten und politischen Ordnungen und dadurch ausgelöste Migrationsströme. Das alles lässt sich nicht militärisch „bearbeiten“, geschweige denn „lösen“. Die Zauberformel „sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit“ geht am Problem vorbei.

Quer zu dieser Einsicht steht die gängige Praxis der deutschen Rüstungsexport-Politik. In diesem sensiblen Bereich durchdringen sich die sicherheitspolitischen Interessen und Absichten Deutschlands mit den außen-wirtschaftlichen Interessen der deutschen Rüstungsindustrie, deren Lobby seit Jahrzehnten auf die politische Export-Entscheidungen der Bundesregierung Einfluss nimmt. Offiziell verfolgt die deutsche Politik den Grundsatz, keine Waffen und Rüstungsgüter in Spannungsgebiete zu liefern. Aber dieser Grundsatz wird durch die tatsächliche Genehmigungspraxis der Bundesregierung permanent vernachlässigt, ja umgangen. 2012 ließ Bundeskanzlerin Angela Merkel verlauten, es liege im deutschen Interesse, Staaten zu befähigen, mit Waffen aus Deutschland in ihrer Region für Sicherheit und Frieden zu sorgen (*DER SPIEGEL 49/2012*). Der aktuelle Rüstungsexportbericht 2015 der renommierten ökumenischen „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE) der 19. Jahresbericht in Folge - führt dafür ein krasses Beispiel an: „Ein besonders problematisches Empfängerland ist Saudi-Arabien (...) Die Menschenrechtspraxis des Landes ist abgründig, das regionale Machtstreben des Königshauses ausgeprägt, die Rolle in der Region gerade nicht stabilisierend. Die Beziehungen zu den Salafisten und ihren Organisationen werfen viele Fragen auf. Dennoch hat die Bundesregierung im Januar 2015 den Export von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien im Wert von 110 Millionen Euro genehmigt. Die Vorstellung, dass deutsche Waffen über Saudi-Arabien an Salafisten und terroristische Gruppen in Nordafrika, Nigeria und Mali gelangen könnten, empfinden wir schlichtweg empörend. Aber noch in 2015

hat die Bundesregierung die Ausfuhr von 15 Patrouillenbooten frei gegeben ...“ (GKKE-Bericht 2015, 7). Als ebenfalls unhaltbar werden frühere Lieferungen von Kampfpanzern nach Katar und gepanzerten Transportern in die Vereinigten Arabischen Emirate eingestuft. Wie solche Staaten „Stabilitätsanker“ für die regionale Sicherheit sein können, hat die Bundesregierung bisher nicht erklärt.

Obwohl die deutschen Waffenexporte gegenüber den Vorjahren leicht zurückgegangen sind, zählte Deutschland 2015 weiter zu den größten Rüstungsexporteurern auf dem Weltrüstungsmarkt; aktuell liegt es (nach Angaben von SIPRI, Stockholm) auf Platz 4 im globalen Vergleich. Wichtigste Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte sind Israel, die USA und Singapur. Allein im ersten Halbjahr 2015 gab es Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Gesamtwert von über 3,308 Mrd. Euro (erstes Halbjahr 2014: 2,229 Mrd. Euro), also ein Plus von 1,079 Mrd. Euro. Besonders bedenklich sind die stark gestiegenen Ausfuhrzahlen bei den kleinen und leichten Waffen: von 69.872 Stück 2013 auf 106.435 in 2014. Deutschland ist damit einer der weltweit größten Exporteure von sogen. Kleinwaffen. Dazu der GKKE-Bericht: „Die Auswirkungen von Sturmgewehren und Maschinenpistolen sind verheerend. Immer wieder geraten sie auf illegalem Weg in fragile Staaten und Konfliktgebiete (GKKE 2013, 5). Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass deutsche Waffen und Rüstungsgüter über dunkle Kanäle in Krisenregionen gelangen und dazu beitragen, das Gewaltpotential in diesen Regionen zu vergrößern und Flüchtlingsbewegungen auszulösen.

In der Summe ihrer jährlich vorgelegten Berichte kommt die GKKE zu der Einschätzung, dass die Gesamtbilanz der deutschen Rüstungsexportgenehmigungen „aus friedensethischer Sicht höchst problematisch“ ist (GKKE 2015, 9). Für dieses Urteil sind im Wesentlichen vier Faktoren maßgeblich: 1. 55% der Exportgenehmigungen (in 2012) bei Rüstungsgütern und Kriegswaffen betreffen sogen. „Drittstaaten“ - das sind Staaten außerhalb von EU und NATO. Gefordert wird von der Bundesregierung, „die Ausfuhrgenehmigungen für Drittstaaten deutlich zu reduzieren“. Daran müsse sich „die Kehrtwende in der Rüstungsexportpolitik“ messen lassen (2015, 8)). 2. Für Exporte allein in Entwicklungsländer verzeichnet die GKKE trotz geringfügiger Schwankungen ein „Allzeithoch“ an deutschen Exportgenehmigungen. Es braucht eine echte Umkehr hin zu „hin zu einer tatsächlich restriktiven Genehmigungspraxis“ (GKKE 2013, 6) für Rüstungsgüter in diese Länder durch die Bundesregierung. 3. Aufgrund der kata-

strophalen Menschenrechtslage in Saudi-Arabien und in der umliegenden Region fordert die GKKE, „Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien zu stoppen“ (GKKE 2015, 8). 4. Gefordert wird ein grundsätzlicher Perspektivwechsel: „Rüstungsgüter, seien es direkt zur Kriegsführung bestimmte Waffen oder andere, sind Gewaltmittel; ihr Export ist zuerst unter friedensethischen Kriterien zu bewerten ähnlich wie die Anwendung von Gewalt selbst...“ (GKKE 2013, 6).

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene hat das Bündnis „*Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!*“ in den vergangenen Jahren für eine Petition an die Bundesregierung 95.000 Unterschriften gesammelt und übergeben. Das Bündnis fordert ein grundsätzliches Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern und eine Verankerung dieses Verbots im Grundgesetz (Artikel 26, Abs. 2). In einer aktuellen Umfrage haben sich 83 Prozent der Bevölkerung für ein solches Verbot ausgesprochen (*TNS EMNID, 16. Januar 2016*); die Bundesregierung weigert sich jedoch, dieser Aufforderung zu folgen. Bundeswirtschaftsminister Gabriel setzt sich zwar für eine restriktivere Rüstungsexportpolitik ein, hält jedoch eine rechtliche Änderung in Richtung Verbot von Rüstungsexporten nicht für notwendig. Das Beispiel Rüstungsexporte zeigt, wie weit die deutsche Politik von einer von einer kohärenten, abgestimmten Position bei Konfliktprävention, Kriegsursachenbekämpfung und Friedenskonsolidierung entfernt ist.

II. Orientierungen für einen politisch ausgerichteten Pazifismus

Was folgt aus den fünf kurz vorgestellten Problem-Annoncen für unser eigenes Friedenshandeln? Wie gehen wir damit um, und was folgt daraus für unsere pazifistische Orientierung? Dieser Frage widme ich den zweiten Teil meines Vortrages.

6. Pazifismus als persönliche Haltung der Gewaltfreiheit

Für Menschen, die sich zum Teil seit vielen Jahren in praktischer Friedensarbeit engagieren, bildet die Überzeugung, dass Frieden nur mit zivilen, politischen Mitteln erreicht werden kann, die Grundlage ihres gesamten politischen Denkens, Fühlens und Handelns. Sie lehnen

den Krieg prinzipiell ab und treten in ihrem Umfeld für gewaltfreie Konfliktlösungen ein. Diese Überzeugung kann sehr elementar sein. Oft ist sie Ausdruck einer einmal getroffenen Gewissensentscheidung; sie kann durch die eigene Familie, durch Erziehung, durch persönliche Vorbilder oder durch religiöse Einflüsse mitgeprägt sein. Wo das persönliche Gewissen ins Spiel kommt, geht es um grundlegende ethisch-moralische Haltungen, die von außen kaum beeinflussbar sind.

Seit 1901, als der Franzose Emil Arnaud, Präsident der „Internationalen Liga des Friedens und der Freiheit“, erstmals den Begriff „Pazifismus“ gebrauchte, heißen diese Überzeugungstäter „Pazifisten“, Menschen, die dem Wortsinn nach „Frieden machen“, den Frieden tun. Pazifisten hatten es immer schwer, sich mit ihrer Überzeugung gegen die herrschenden Ideologien der Rechtfertigung von Gewalt und Krieg zu behaupten, und das ist auch heute so. Für die Kriegs- und Nachkriegsgeneration in Deutschland war das Erleben des Zweiten Weltkrieges prägend. Er hat pazifistische Haltungen in beiden deutschen Gesellschaften, in Ost wie West, stark begünstigt. „Nie wieder Krieg“ lautete eine verbreitete Parole noch in den 50er Jahren.

Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges gaben die evangelischen Kirchen in der DDR 1965 eine „*Handreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtigen*“ heraus und stellten sie unter die Überschrift „*Zum Friedensdienst der Kirche*“. Es ging in diesem Text um Hilfen zu einer verantworteten Entscheidungsfindung junger Christen angesichts von drei Alternativen: dem Waffendienst in der Volksarmee (NVA), dem waffenlosen Dienst in den sogen. „Baueinheiten“ der NVA (ab 1964) und der Totalverweigerung, einer allerdings ungesetzlichen Möglichkeit. Der Text hatte, über das seelsorgerische Anliegen hinaus, großes friedenethisches Gewicht. Er bezeichnete die Waffenverweigerung als „*ein deutlicheres Zeugnis*“ für das Evangelium des Friedens. Viele christliche Waffendienstverweigerer haben sich bei ihrer Entscheidung auf diese Aussage berufen. Die Handreichung selber formulierte, aus der Verweigerung des Waffendienstes spreche „*die Freiheit von den politischen Zwängen*“.

In den 80er Jahren erhielt das Symbol „*Schwerter zu Pflugscharen*“ im Anschluss an den biblischen Propheten Micha (*Micha 4,3*) unter Jugendlichen in der DDR viel Zulauf. Es entstand 1980 im Rahmen der kirchlichen Jugendarbeit hier in Dresden und war Ausdruck des prophetischen Protestes gegen die atomare Kriegsgefahr in Europa. Von der DDR-Regierung wurde

„Schwerter zu Pflugscharen“ als „staatsfeindlich“ verfemt und verfolgt. Heute ist es ein weltweit bekanntes und anerkanntes Zeichen der Gewaltfreiheit. 1989 formulierten die Kirchen in der DDR in einer ökumenischen Versammlung hier in Dresden das Leitbild des „gerechten Friedens“ als Antwort auf die Ideologie des „gerechten Krieges“. Christinnen und Christen verpflichteten sich auf „*vorrangig gewaltfreie Wege des Friedensdienstes*“ als Antwort auf die ständige Zunahme kriegerischer Gewalt.

„Pazifismus“ als persönliche Haltung wird gespeist aus der Hoffnung auf eine Welt ohne Waffen und Krieg. Die Gewissenentscheidung für die Gewaltfreiheit ist Ausgangspunkt und maßgeblicher Motor für das eigene Friedenshandeln, egal ob sie philosophisch, moralisch, religiös-christlich oder politisch-vernünftig motiviert ist. Dieser individuelle Pazifismus braucht eigentlich gar keine zusätzliche friedensethische Legitimation, weil die Ablehnung von Krieg und Gewalt im Bewusstsein seiner Träger fest verankert ist. Die 19-jährige israelische Soldatin Tair Kaminer, die in diesem Jahr bereits 95 Tage im Militärgefängnis verbracht hat, handelt aus einer für sie selbstverständlichen pazifistischen Entschiedenheit. Sie lehnt es aus Gewissensgründen ab, sich an Armee-Einsätzen in besetzten palästinensischen Gebieten zu beteiligen. Sie schreibt: „Die Armee ist ein politisches Werkzeug, das der Regierung ermöglicht, die Besatzung über ein anderes Volk fortzusetzen“. Dabei mache sie nicht mit. Die Frankfurter Rundschau vom 16./17. April 2016 nennt Kaminer in ihrem Bericht eine „Militärdienstverweigerin aus Prinzip“.

7. Pazifismus: Mehr als Antimilitarismus

Das Beispiel Kaminer zeigt allerdings auch, dass die Verweigerung des Militärdienstes nur die eine Seite der Medaille ist. Die Soldatin hatte zuvor bereits ein Jahr lang freiwilligen Sozialdienst im Negev geleistet. Die Kinder dort, so Kaminer, „wachsen mitten im Konflikt auf“, ebenso wie die Kinder in Gaza. „Wir müssen damit aufhören“, den Hass der jungen Generation auf beiden Seiten zu fördern. Mit ihrer Verweigerung antizipiert die junge Soldatin jenen Frieden, den beide Völker, Israelis und Palästinenser, um ihrer eigenen Zukunft willen dringend brauchen. Fundamental für jedes pazifistische Engagement ist das Ziel einer gerechteren, menschlicheren Welt. Wer unter „Pazifismus“ nur das „Nein“ zu Militär, Waffengebrauch und Kriegsdienst versteht, hat die Größe der Aufgabe, Frieden zu schaffen, noch nicht begriffen. Er folgt einem *„ärmlichen Friedensbegriff“* (Dieter Senghaas, 1994), der so

einseitig auf die Verweigerung fixiert ist, dass er die positive Aufgabe der Friedensgestaltung gar nicht in den Blick bekommt. „Pazifist sein“ heißt, an den politischen, rechtlichen und strukturellen Bedingungen zu arbeiten, die für eine dauerhafte Friedensordnung jenseits von Krieg und Gewalt unverzichtbar sind. Wie diese Bedingungen herzustellen sind, ist das eigentliche Abenteuer des Pazifismus im Sinne von „Frieden machen“, „Frieden stiften“, „Frieden tun“, jenseits der bloßen Waffenverweigerung.

Damit sind wir genau an dem Punkt, der mit dem oben schon erwähnten Begriff der „Zivilisierung der Konflikte“ umschrieben ist. Ein anderes Wort dafür lautet *„Konflikttransformation“*. Und nichts anderes meint auch das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“: einen Prozess einzuleiten weg von der Gewalt hin zum Frieden. Erst die Umwandlung der zwischenstaatlichen Verhältnisse gibt den Konflikten einen solchen Charakter, *„dass sie der Gewaltlösung entrückt und zur rechtlichen Behandlung durchaus geeignet sein werden“* (Alfred Fried, *Probleme der Friedentechnik, 1918*). Pazifisten müssen mehr politisch denken und argumentieren, wenn sie Frieden als gewaltfreien und auf die Überwindung von Gewalt gerichteten Prozess nachhaltig fördern wollen. Die Minimierung von Gewalt und die Abschaffung des Krieges ist nur der Einstieg, ist die notwendige Voraussetzung dafür, dass Frieden sich in allen seinen Facetten politisch und gesellschaftlich entwickeln kann. Die Absage an Gewalt und Krieg ist der Türöffner für eine friedliche Welt, aber noch nicht diese Welt selbst.

8. Pazifismus und das Dilemma der Wahl zwischen zwei Übeln

Aus den 80er Jahren ist ein Satz von Erhard Eppler überliefert, einem der Vordenker der westdeutschen Friedensbewegung. Er lautet: *„Ich kann Pazifist nur für mich selbst, nicht für andere sein wollen“*. Eppler weist damit darauf hin, dass ich die persönliche Gewissensentscheidung für absolute Gewaltfreiheit nur für mich allein treffen kann und sie kein Weg sein darf, andere Menschen oder Menschengruppen ungefragt dem eigenen pazifistischen Urteil zu unterstellen. Ebenfalls problematisch ist es, das Handeln von Staaten in akuten menschenrechtlichen Notlagen allein mit der Elle der eigenen pazifistischen Überzeugung messen zu wollen. Denn oft stellt sich die Frage der ethischen Qualifikation einer politischen Entscheidung gar nicht „zwischen Gut und Böse“, sondern zwischen „Pest und Cholera“, also in der Wahl zwischen zwei Übeln zugunsten des vermeintlich „geringeren Übels“. Moralisch betrachtet ist die Anwendung von Gewalt immer ein Übel, das um jeden Preis vermieden

werden muss, aber nicht immer vermieden werden kann. Die klare Antwort zugunsten absoluter Gewaltfreiheit, die in der Sphäre eines prinzipiellen Pazifismus angesiedelt ist, ist nicht eins zu eins auf die Sphäre der Politik übertragbar.

Als die Bundesregierung 2014 beschloss, Waffen an die kurdischen Peschmergatruppen im Nordirak zu liefern, um so die an Leib und Leben unmittelbar gefährdete religiöse Minderheit der Jesiden vor dem IS-Terror zu schützen, wurde das sehr kontrovers diskutiert. Die Entscheidung war, so die Bundesregierung, einer Ausnahmesituation geschuldet und galt als risikoreich, auch im Blick auf ihre möglichen Folgen. In friedensethischer Perspektive gerieten im Nordirak zwei „*vorrangige Optionen*“ miteinander in Kollision: die Verpflichtung, schutzlose Menschen vor kriegsgerichtlicher Gewalt zu schützen, und die Verpflichtung, gewaltfreien Wegen zum Frieden den Vorrang zu geben (*vgl. Ökumenische Versammlung, Dresden 1989*). Beide Verpflichtungen „binden uns im Gewissen, bringen uns in Bedrängnis und werden zu Fragen an uns“ (*Heino Falcke, 1995*).

Inzwischen wissen wir: die Jesiden konnten 2014 vor dem Schlimmsten bewahrt werden. Im November 2014 waren die Waffenlieferungen an die Peschmerga vorerst beendet. Im Februar 2015 wurden jedoch erneut Ausrüstungsgegenstände, Waffen und Munition aus Bundeswehrbeständen in den Nordirak geliefert. Doch nun ging es nicht mehr um den humanitären Schutz der Jesiden. Es geht um die sicherheitspolitische Unterstützung der kurdischen Regionalregierung im Nordirak in ihrem Kampf gegen den IS und in diesem Kontext um Ausbildungshilfe der Bundeswehr für die Kurden im Nordirak. Was bedeutet das? Der Begründungszusammenhang hatte sich ‚unter der Hand‘ signifikant verändert. Deutsche Militärhilfe an halb-staatliche Akteure in einem bewaffneten Konflikt wurde quasi zu einer Routine-Angelegenheit (*vgl. GKKE-Rüstungsexportbericht 2015, Pkt. 7*). Die Bundeswehr-Mission hintertreibt die internationalen Bemühungen um eine politische und militärische Stabilisierung des Irak und seiner Zentralregierung, indem sie die irakischen Kurden aufrüstet,

9. Was nützt: ein „wirksamer Pazifismus“

Das friedensethische Dilemma des „richtigen“ Reagierens auf eine Krisen-Situation ist nicht theoretisch, „vom grünen Tisch“ aus aufzulösen. Das zeigt diese Problem-Anzeige. Aber die anhaltende deutsche Unterstützung für die Peschmerga-Kurden im Nordirak macht die gan-

ze Widersprüchlichkeit westlicher Politik gegenüber den arabischen Staaten sichtbar. Das gilt erst recht für das Mittel der militärischen Interventionen. Sie haben einen politischen Scherbenhaufen in dieser Region hinterlassen und zu Millionen von Flüchtlingen geführt. „Der sogenannte Krieg gegen den Terrorismus ist gemessen an den selbst gesetzten Zielen nach 15 Jahren restlos gescheitert, die Zahl der Opfer, die weitere Radikalisierung islamistischer Gruppen und die geografische Ausdehnung sind groß und es gibt keine Hoffnung, dass die Schlacht erfolgreich sein könnte. So urteilt Andreas Zumach, Journalist bei den UN in Genf, auf einem Studientag über „Pazifismus auf neuen Wegen“ im April 2016. „Doch für Pazifisten bedeutet es zuweilen, eben angesichts komplexer Konfliktlagen und brutaler Handlungslogiken wie die des IS, die eigene Ratlosigkeit und Ohnmacht einzugestehen“ muss Jan Gildemeister von der Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) Bonn, zugeben. Diese Einsicht ist nicht neu, macht allein aber den Pazifismus noch nicht politisch wirksamer. Sie kann jedoch den Blick schärfen für das, was jetzt nötig ist. Ich nenne am Schluss einige aus meiner Sicht notwendige Konsequenzen:

(1. Pazifisten müssen sich darüber klar werden, dass ein nur persönlich verantworteter, gesinnungsethischer „Fundamentalpazifismus“ nicht die Antwort auf die gegenwärtigen Bedrohungen durch Gewalt, Krieg und Terrorismus sein kann. Der Impuls der Gewaltfreiheit muss in politische Konzepte und Strukturen übersetzt werden.

(2. Ungeachtet dessen gilt: Der prophetisch-religiöse Pazifismus ist und bleibt wichtig, weil er zeichenhaft die Hoffnung auf eine andere, bessere Welt wachhält.

(3. Der politisch-pragmatische Pazifismus muss seine grundsätzliche Kritik am militärischen Interventionismus schärfen. Das gelingt am besten dadurch, dass er die Chancen ziviler Konfliktbearbeitung (s. o. Pkt.4) verbreitert und in die öffentliche Diskussion trägt.

(4. „Pazifistisch inspirierte Politik muss am konkreten Beispiel entwickelt werden. Individuelle, abstrakte und idealistische Positionierungen zeigen politische Hilflosigkeit an“ (*Ulrich Frey, 2014*).

(5. Pazifisten schließen in ihrer eigenen Tradition die Möglichkeit gewaltförmigen Eingreifens unter klar definierten Voraussetzungen nicht grundsätzlich aus. Das tut nur ein ideologischer, sich absolut setzender „hermetischer“ Pazifismus. Zweifelhaft ist aber, ob die Recht-

fertigung militärischen Eingreifens in Konflikte und Krisen angesichts der verheerenden Wirkungen des Interventionismus heute überhaupt noch als ein gangbarer Weg der Konfliktbearbeitung angesehen werden kann.

(6. Pazifisten in Deutschland sollten ihre politische Energie auf die folgenden drei Aufgaben konzentrieren:

- Einschränkung und schärfere Kontrolle von deutschen Waffenexporten; striktes Verbot von Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete (*s. Aktion Aufschrei, Pkt. 5*).

- Stärkung bzw. Wiederherstellung der Verantwortung und Präsenz der UN bei der Bearbeitung und Lösung von Konflikten und Krisen; Reform der UN, Ausstattung der UN mit einem trans-nationalen Gewaltmonopol.

- Förderung von Friedensbildung an Schulen und in der Öffentlichkeit im Sinne von ziviler Konfliktbearbeitung. Widerspruch gegen die Werbekampagne der Bundeswehr mit Plakaten, Riesenpostern, Kino-Werbung und Postkarten für insges. 10 Mio. EURO: „*Mach, was wirklich zählt*“ oder „*Krisenherde löschst Du nicht mit Abwarten und Teetrinken*“. Derartige Parolen zielen darauf ab, die Friedensverantwortung junger Menschen suggestiv auf militärische Fähigkeiten auszurichten.